



Hinters Licht geführt:

Wie die Bundesregierung die Bürgerenergiebewende an die Wand fährt

Um die Klimakrise einzudämmen muss in Deutschland sehr viel mehr Solar- und Windenergie zugebaut werden, als derzeit geplant, wohlgermerkt zusätzlich zu einer deutlichen Reduktion des gesamten Energieverbrauches. Das belegen zahlreiche Studien renommierter Institute, indem sie Wege in eine 100 Prozent erneuerbare Energieversorgung aufzeigen [1]. Die Bundesregierung, allen voran Bundeswirtschaftsminister Altmaier, verweigert sich mit Ihrer Politik diesen Erkenntnissen. Seit Jahren wird die Energiebewende mit voller Absicht ausgebremst – während gleichzeitig die Erzählung vom „Energiebewende-Vorreiter Deutschland“ hochgehalten wird. Mit dem aktuellen Ausbautempo für Solar- und Windenergie würden 2030 noch knapp die Hälfte fossile Klimakiller im Strommix in Deutschland bestehen bleiben. Das steht im krassen Widerspruch zum Klimaabkommen von Paris und missachtet die Rechte von Menschen, die jetzt schon von den Folgen der Klimakrise betroffen sind. Lasst uns gemeinsam zeigen: wir lassen uns unsere Energiebewende nicht kaputt machen - **die Weichen in eine klimagerechte Zukunft müssen jetzt gestellt werden!**

Die Politik schiebt die Energiebewende aufs Abstellgleis: Nach den Prognosen der Fraunhofer Gesellschaft müsste das Ausbautempo für Solar- und Windenergie in Deutschland verdreifacht, werden um eine Treibhausgasreduktion von 65% bis 2030 zu erreichen. Doch gebremst durch Ausbaudeckel, planerische Hürden und fehlende Investitionssicherheit ist der Ausbau der Windenergie seit Jahren rückläufig. Auch der Ausbau der Solarenergie liegt schon lange weit unter dem, was aktuell notwendig ist. Mit der ab diesem Jahr gültigen Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) hat die Bundesregierung diese Probleme fortgeführt. Damit hat sie sich erneut für die Profitinteressen fossiler Energieunternehmen und gegen Klimaschutz durch eine schnellstmögliche Energiebewende entschieden.

Der Kohle- und Atomausstieg ist nur mit erneuerbaren Energien möglich, die den Menschen und nicht den Konzernen gehören: Der bisherige Erfolg beim Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland ist hauptsächlich dem Engagement von Bürger:innen zu verdanken. Tatsächlich sind. Die großen Energieversorger haben nicht nur wenig beigetragen, sondern sogar aktiv Widerstand gegen die Energiebewende geleistet. Auch die Bundesregierung sabotiert die Beteiligung der

Bürger*innen systematisch, zum Beispiel durch ausufernde Bürokratie und die Reduktion der verfügbaren Flächen. Dies bleibt nicht ohne Konsequenzen: Der Anteil der Bürgerenergie ist mittlerweile rückläufig. Nachdem 2010 die Solarenergie abgewürgt wurde, geht seit 2019 der Ausbau der Windkraft in die Knie. Dieser Trend kommt nicht zufällig, sondern wurde aktiv erzeugt –und die fossilen Energiekonzerne profitieren davon. Mit der aktuellen Novelle des EEG hat die Bundesregierung erneut versagt unkomplizierte und umfassende Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger*innen zu ermöglichen. Trotz viel Eigenlob: Klimaschutz „Made in Germany“ ist mit dieser Regierung in weite Ferne gerückt.

Lasst Euch nicht hinters Licht führen und informiert Eure Mitmenschen! Startet Kampagnen auf Social Media (und hoffentlich bald wieder auf der Straße)! Setzt Euch in Eurem Umfeld für Erneuerbare Energien ein, solange die Bundesregierung mauert. Gemeinsam retten wir die Energiewende und setzen uns für Klimagerechtigkeit ein!

Unsere Forderungen für die Stärkung der Bürgerenergie:

- Ausbauziele für Solar- und Windenergie bis 2030 verdreifachen
- Bürokratische Hürden bei Mieterstrom und Bürgerenergie abschaffen
- EU Richtlinie RED-II umsetzen, gemeinschaftliche Energieversorgung (z.B. Energy Sharing) ermöglichen

[1] Beispielhaft seien hier aktuelle Studien der Agora Energiewende und des Wuppertal Instituts angeführt, die beide von einem deutlich höheren zukünftigen Strombedarf ausgehen.
https://wupperinst.org/fa/redaktion/downloads/projects/CO2-neutral_2035_Factsheet.pdf
<https://www.agora-energiewende.de/veroeffentlichungen/klimaneutrales-deutschland-zusammenfassung/>